



SAARLAND

LANDES JOURNAL

Wortspielerei oder Wortbruch?

Ein Kommentar von Hugo Müller

Es ist schon interessant, wie ein und derselbe Sachverhalt harmlos oder furchteinflößend wirkt, je nach Formulierung. Die Rede ist davon, dass die MinisterpräsidentInnen erneut den Beamten in die Tasche greifen wollen, allen voran auch unser Ministerpräsident Peter Müller. Mit der Öffnungsklausel sollen Besoldungskompetenzen auf die Länderebene verlagert und in der Folge erhebliche Abstriche in der Besoldung regional legalisiert werden.

Dass die Damen und Herren Politiker es ernst meinen, wird in den schon im Vorgriff auf die

Gesetzeskraft in dem ein oder anderen Bundesland formulierten Landesgesetzentwürfen mehr als deutlich.

Aber wir im Saarland brauchen ja keine Angst zu haben. Unser Ministerpräsident hat ja mehrfach versprochen, dass seine Beamten keine Sonderopfer leisten müssen. Doch aufgepasst: Sonderopfer ist nicht gleichbedeutend mit Opfer. Sonderopfer bedeutet vielmehr, wenn andere bluten müssen, dann auch die Beamten. Dann sind sie ja alle gleichbehandelt. Frei nach dem Motto: Wir stehen zusammen, in Freud und Leid. Und mit einer gesetzlichen

„Vorab-Regelung“ bei den Beamten lässt sich die Gemeinschaft der Tarifbeschäftigten bei der nächsten Tarifrunde noch besser unter Druck setzen. Na, das passt doch gut zusammen. Man muss also nur die richtigen Wortverniedlichungen finden, und schon ist das Heer der ÖD-Beschäftigten ruhiggestellt.

Ich sage dazu: Nein! Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, Herr Ministerpräsident. Wir haben diese Wortspielereien durchschaut. Angesichts der Botschaften von Ihnen selbst, ihrer Innenministerin, ihrem Chef der Staatskanzlei und ihrem innenpolitischen Sprecher ist die

federführende Rolle des Saarlandes bei der Öffnungsklausel ein klarer Wortbruch. Und weil wir leider das Mittel des Streiks nicht nutzen dürfen, um unseren Unmut deutlich zu machen, werden wir in den nächsten Tagen und Wochen eine gezielte Öffentlichkeitskampagne unter Einsatz des GdP-Films „Ein sicherer Arbeitsplatz“ durchführen. Wir haben dabei große Zuversicht: Die Menschen werden auf unserer Seite stehen.

Und wer weiß – vielleicht kehrt am Ende ja doch noch Einsicht ein.

Doch Sonderopfer für Saar-Beamte!?

Öffnungsklausel und weitere Sparmaßnahmen – der Kampf dagegen geht weiter

Öffnungsklausel für Beamte auch vom Saarland beantragt:

Das Vertrauen der saarländischen Polizeibeschäftigten in die Landesregierung ist erschüttert.

Mit Unverständnis und Empörung nimmt die saarländische GdP die Abläufe und Entscheidungen bei der Bundesratssitzung am Freitag, 14. März 2003, zur Kenntnis. Dort hatte das Saarland, gemeinsam mit Bayern, Berlin und Sachsen den Antrag eingebracht, den Ländern die besoldungsrechtliche Kompetenz über die sog. Sonderzuwendungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) zuzuordnen. Bisher sind alle Besoldungs- und Versorgungsbestandteile bundeseinheitlich geregelt. Mit dieser Entscheidung gefährdet die saarländische Landesregierung das seit dem Regie-

rungswechsel im Jahre 1999 entwickelte positive Verhältnis des öffentlichen Arbeitgebers zu seinen Beschäftigten, insbesondere auch im Bereich der Polizei. Hierzu der Landesvorsitzende der GdP, Hugo Müller: „Wir haben in den letzten Wochen und Monaten unter dem Motto ‚Jetzt stellen wir uns quer‘ in vielen Aktionen und Demonstrationen bundesweit und auch im Saarland unseren Protest zum Vorhaben namens Öffnungsklausel zum Ausdruck gebracht. Aufgrund von Äußerungen verschiedener verantwortlicher PolitikerInnen aus Regierung und CDU-Fraktion durften wir davon ausgehen, dass das Saarland im Bundesrat einem solchen Vorhaben eher ablehnend gegenübersteht. Dass es sich jetzt aber mit zu den Initiatoren aufgeschwungen hat, erschüttert das Vertrauen der Polizeibeschäftigten in die Landesregierung zutiefst.“

Die gebetsmühlenartigen Beteuerungen, es werde im Saarland keine Sonderopfer für Beamte geben, sind aus Sicht der GdP der untaugliche Versuch, das Thema herunterzuspielen und die Empörung gering zu halten. Vor dem Hintergrund eines Spitzengesprächs des Ministerpräsidenten mit den Landesvorsitzenden von DGB, Verdi, GEW und GdP am 18. Februar 2003 in der Staatskanzlei (siehe hierzu Bericht in DP, Ausgabe April 2003) sind diese Beteuerungen auch nicht mehr glaubwürdig. Dort hatte Ministerpräsident Müller nämlich erklärt, er trete engagiert und ohne Wenn und Aber für eine an Länder- und Kommunalinteressen orientierte Tarifverhandlungsstruktur für die nächsten Tarifausschließungen im Jahre 2005 ein. Spätestens dann müsste der aus seiner Sicht überhöhte diesjährige Tarifabschluss nochmals nach unten

Polizisten sauer auf Müller

Saarbrücken (red). Mit Empörung hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Saarland auf den Vorstoß der CDU-Landesregierung reagiert, gemeinsam mit Bayern, Berlin und Sachsen eine Öffnungsklausel für Landesbeamte im Bundesrat durchzusetzen. „Das Vertrauen der Polizeibeschäftigten in die Landesregierung ist zutiefst erschüttert“, so Hugo Müller, GdP-Landesvorsitzender. Die „gebetsmühlenartigen Beteuerungen“, dass es im Saarland keine Sonderopfer für Beamte geben werde, hält er für den Versuch, das Thema herunterzuspielen. Die GdP kündigte massive Proteste an.

SZ vom 19. März 2003

definiert werden. Die dann bei den Tarifbeschäftigten angestrebten sozialen und/oder finanziellen Abstriche auch im Beamtenbereich umsetzen zu können, sei die Motivation, bereits jetzt mit einer entsprechenden gesetzlichen Öffnungsklausel die Voraussetzungen zu schaffen. Die letzte Sicherheit über die Ziel- und Stoßrichtung des Gesetzentwurfs erhält man schließlich bei einem Blick in den Entwurfstext: „**D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte: Kurzfristige Entlastungs- und Differenzierungsmöglichkeiten für die Personalhaushalte der Länder und ihrer Kommunen.**“

Damit ist für die GdP eines ganz klar: Die rechtliche Stellung des Beamten – ihm steht das Streikrecht nicht zu, seine Beschäftigungsbedingungen werden nicht ausgehandelt, sondern gesetzlich geregelt – wird zum wiederholten Male schamlos zum sozialen Kahlschlag eingesetzt.

Hugo Müller weiter: „Unsere Aktionen werden im Laufe des jetzt begonnenen Gesetzgebungsverfahrens, das wohl frühestens im Juli 2003 abgeschlossen sein wird, an Deutlichkeit und Schärfe zunehmen. Wir werden deutlich machen, dass wir über den Aufwand der Ordnungshüter nicht nur reden. Dabei werden wir uns auch unter Einsatz des Filmes des GdP-Bundesvorstandes: „Ein sicherer Arbeitsplatz“, in verstärktem Maße an die Öffentlichkeit wenden. Noch ist Zeit für Vernunft und Umkehr!“

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe unseres Landesteils ist der 3. Mai 2003.



Ausgabe:
Landesbezirk Saarland
Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 81 14 98
Telefax (06 81) 81 52 31
Homepage: www.gdp-saar.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Johann Karl Wannemacher (Vi.S.d.P.)
Polizeihauptpersonalrat beim MfIS
Scheidter Straße 110
66123 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 9 62-15 13
E-Mail: gdp Saar dp@aol.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28
vom 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6489



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale des Syndikats des Police
Landesbezirk Saarland
gdp-saarland@gdp-online.de * www.gdp-saar.de
Fon: (0681) 811498 * Fax: (0681) 811231

Infodienst
Saarbrücken, 17. März 2003

Doch Sonderopfer für Saar-Beamte!? Urlaubs- und Weihnachtsgeld kann komplett gestrichen werden!

Am vergangenen Freitag hat der Bundesrat einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der eine Öffnungsklausel vorsieht, mit deren Hilfe die Länder Urlaubs- und Weihnachtsgeld für ihre Beamten und Versorgungsempfänger bis auf Null reduzieren - also streichen - können. Der Bundesrat hat die Steilvorlage des „Deutschen Beamtenbundes“, das Urlaubsgeld zu streichen und das Weihnachtsgeld auf 70% zu reduzieren, aufgenommen und erweitert: die Länder sollen beides komplett streichen können. Die vom Beamtenbund losgetretene Lawine scheint nicht mehr zu stoppen zu sein.

Der Beschluss des Bundesrates im Einzelnen:

I. Weihnachtsgeld

- Der bundesgesetzlich festgelegte Bemessungsfaktor kann per Landesrecht festgesetzt werden; eine Abweichung nach oben darf nicht mehr als 100 v.H. des Grundbetrages der Sonderzuwendung ausmachen.
- Die Zahlungsweise kann im Landesgesetz festgesetzt werden.
- Per Landesrecht kann bestimmt werden, dass die Sonderzuwendung ruhegehaltstauglich ist.
- Im Landesgesetz kann festgelegt werden, dass die Sonderzuwendung dynamisiert ist.

II. Urlaubsgeld

Die Höhe des Urlaubsgeldes kann per Landesrecht nach unten hin festgesetzt werden.

Im Klartext: Urlaubs- und Weihnachtsgeld stehen, wenn der Gesetzentwurf Realität wird, in der Dispositionsfreiheit der jeweiligen Landesregierungen. Darüber hinaus kann auch entschieden werden, dass die Ruhegehaltstauglichkeit entfällt!

Trotz unserer vielen machtvollen Demonstrationen in Saarbrücken, Mainz, Berlin und in vielen anderen Städten, bei denen wir unseren Unmut gegen die geplanten Streichorgien bei den Beamten kundgetan haben, interessiert dies die Politiker anscheinend überhaupt nicht. Auch die persönlichen Briefe und Gespräche an alle und mit allen saarländischen Bundestags- und Landtagsabgeordneten, Ministern und

1/2

auch dem Ministerpräsidenten sind augenscheinlich wirkungslos verpufft, obwohl diese anfänglich erklärten, dass es eine solche einschneidende Maßnahme im Saarland nicht geben werde (siehe Artikel in der aktuellen Ausgabe von Deutsche Polizei).

Ministerpräsident Peter Müller hatte immer wieder verkündet, dass er keine Sonderopfer für Saar-Beamte wolle. Dennoch ist jetzt festzustellen, dass das Saarland, gemeinsam mit Bayern, Berlin und Sachsen, eben diesen Gesetzentwurf am vergangenen Freitag in den Bundesrat eingebracht hat.

In einem Spitzengespräch mit Hugo Müller und den anderen Vorsitzenden der ÖD-Gewerkschaften des DGB-Saar am 18. Februar 2003 interpretierte Ministerpräsident Müller seine Aussagen in Punkto „keine Sonderopfer“: Spätestens ab 2005 will er eine stärkere Regionalisierung bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst erreichen und dazu notfalls aus der Tarifgemeinschaft aussteigen. Über die jetzt angegangene Öffnungsklausel sollen wohl günstige Voraussetzungen für das Beschneiden der sozialen und/oder finanziellen Standards bei den Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes geschaffen werden. Der logische Kreis wird danach mit der Umsetzung der tariflichen Verschlechterungen im Beamtenbereich geschlossen. So also ist die Botschaft „Keine Sonderopfer für Beamte“ zu verstehen.

Die GdP stellt sich gegen die geplanten Streichungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld!

Der zeitliche Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens wird sich wohl mindestens bis Mitte Juli dieses Jahres hinziehen. Es bleibt also noch Zeit, massiv auf die verantwortlichen Politiker in Bund und Land einzuwirken.

Mit welchen konkreten Mitteln und Maßnahmen wir das laufende Gesetzgebungsverfahren begleiten werden, wird bei einer Landesvorstandsklausur am 27. und 28. März 2003 festgelegt. Dort wollen wir also definieren, wie sich der von der GdP initiierte „Aufstand der Ordnungshüter“ weiter darstellen soll.

Wir werden euch natürlich auf dem Laufenden halten und rechnen mit eurer Unterstützung. Denn:

**Wer kämpft, kann verlieren, wer
nicht kämpft, der hat schon verloren.
GdP – gut, dass es sie gibt!**

Der Landesvorstand

Briefe an Politiker

Um noch einmal alle verantwortlichen Politiker zu diesem Thema zu sensibilisieren, wurden vom GdP-Bundesvorstand gleichlautende Briefe an den Bundeskanzler, den Bundesinnen- sowie den Bundesfinanzminister und von den GdP-Landesvorständen den jeweiligen Ministerpräsidenten, Finanz- und Innenminister der Bundesländer geschrieben. Wir zitieren nachfolgend Auszüge aus den Briefen:

Eingriffe in Besoldung und Versorgung

... für die Gewerkschaft der Polizei ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland das Fundament ihrer Überzeugung und damit ihres politischen Handelns. Daher treten wir mit Nachdruck dafür ein, dass die Gewährleistung der inneren Sicherheit als Ausgestaltung des Sozial- und Rechtsstaatsprinzips hohe Priorität genießt. Die Verfassung fordert zugleich die Schaffung möglichst einheitlicher Lebensverhältnisse in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Für die GdP bedeutet dies zweierlei:

- Bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit ist auf ein möglichst einheitliches Niveau zu achten.
- Die Beschäftigten der Polizei haben Anspruch auf eine bundesweit vergleichbare Bewertung und Bezahlung ihres Dienstes.

Seit November 2002 laufen Pläne verschiedener Landesregierungen zu Eingriffen in Besoldung und Versorgung darauf hinaus, dass die Beamtenpolitik zur Kleinstaaterei ausartet.

Diese Befürchtung ist nach wie vor berechtigt. Der Bundesrat will nach unserer Kenntnis auf seiner Sitzung am 14. März 2003 eine Öffnungsklausel beschließen, die es den Ländern ermöglicht, von der bisherigen Einheitlichkeit von Besoldung und Versorgung abzuweichen.

Die Gewerkschaft der Polizei wartet mit allem Ernst vor solchen Absichten! Jahrelang haben unsere Kolleginnen und Kollegen die ständig steigenden Belastungen auf sich genommen. Ursächlich

hierfür waren nicht nur die zunehmenden Einsatzzahlen, sondern auch zusätzliche Aufgaben aufgrund neuer Gesetze, eine ganze Welle von Großeinsätzen, und nicht zuletzt die terroristische Bedrohung. Sie tragen die Last und die Risiken ihres Berufes und müssen jetzt erleben, dass die hohe Politik ihren Einsatz mit Eingriffen in Besoldung und Versorgung danken will. Die Absicht mehrerer Bundesländer, obendrein auch noch die Lebensarbeitszeit für den Polizeivollzugsdienst zu verlängern und noch weitere soziale Einschnitte durchzuführen, runden das Bild des „Dankes“ nur noch ab.

Der Protest von über 10 000 Kolleginnen und Kollegen am 13. Februar 2003 in Mainz hat der Öffentlichkeit deutlich gemacht, wie ungerecht diese politischen Absichten sind. Die Dienstrechtsreform 1997 und verstärkt die jüngste öffentliche und politische Debatte über eine stärkere Betonung leistungsbezogener Komponenten bei der Besoldung

führen auf den Hintergrund der geplanten Eingriffe zu einem logisch zwingenden Schluss: Wenn Kürzungen und Verschlechterungen Ausdruck von „Leistungsanreizen“ sein sollen, dann ist niemandem zu verübeln, wenn die eigene Arbeitsleistung diesen „Leistungsanreizen“ angepasst wird. . . . Wir werden mit einem Aufstand der Ordnungshüter deutlich machen, dass wir nicht bereit sind, die geplanten Eingriffe und Verschlechterungen hinzunehmen. Wir appellieren noch einmal eindringlich an Sie, Ihren Einfluss geltend zu machen, dass die besoldungs- und versorgungsrechtlichen Bedingungen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland möglichst einheitlich bleiben. Dies sollte auch für die beamtenrechtlichen Bedingungen gelten. Wir sind es der Gewährleistung der inneren Sicherheit in Deutschland schuldig.

Mit den Briefen wurden die vom Bundesvorstand beschlossenen „Würzburger Erklärungen“ versandt (siehe Abdruck).

Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei Würzburger Erklärung vom 19. Februar 2003

Die Gewerkschaft der Polizei tritt ein

- für soziale Gerechtigkeit,
- für den Erhalt des Sozialstaates,
- für die Sozialverpflichtung des Eigentums.

Die GdP bekennt sich zum Föderalismus. Zugleich fordert sie die grundgesetzliche Verpflichtung ein, in der gesamten Bundesrepublik Deutschland für einheitliche Lebensverhältnisse zu sorgen.

Die Arbeitgeber in Bund und Ländern planen einen Angriff auf den Sozialstaat. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sollen die Zeche für jahrelang verfehlte Politik zahlen:

- das Weihnachtsgeld soll gekürzt werden,
- das Urlaubsgeld soll gestrichen werden,
- das Tarifergebnis soll den Beamten vorenthalten werden können,
- die Lebensarbeitszeit soll verlängert werden,
- der Berliner Senat bildet die Speerspitze für die Tariffucht auf dem Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen in der Bundeshauptstadt.

Der Bundesvorstand der GdP wendet sich mit seiner „Würzburger Erklärung“ gegen die Vorhaben der Arbeitgeber, die diese Kürzungsorgien unter den Decknamen „Flexibilisierung“ und „Modernisierung“ verkaufen und mit diesem Vertragsbruch den „Aufstand der Ordnungshüter“ provozieren.

Der Bundesvorstand fordert, dass die geplanten Maßnahmen vom Tisch genommen werden:

- Bundesrat und Bundestag werden aufgefordert, die erwähnten gesetzgeberischen Aktivitäten gegen die Beschäftigten der Polizei einzustellen.
- Die Politik wird aufgefordert, sich aktiv für die Beibehaltung der gleichen sozialen Verhältnisse der Polizeibeschäftigten einzusetzen.

Die GdP wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen wehren, dass auf dem Rücken der Polizeibeschäftigten die Haushalte saniert werden. Der Bundesvorstand wird den Auftrag des Magdeburger Bundeskongresses

- zur Sicherung unserer Rechte,
- zur Sicherung unserer sozialen Verhältnisse,
- zur Sicherung der inneren Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes

umsetzen.

Die GdP wird nach Berlin aufbrechen, um den Protest aller Polizeibeschäftigten in die Bundeshauptstadt zu tragen.

Antwortschreiben des saarländischen Ministerpräsidenten

DER MINISTERPRÄSIDENT DES SAARLANDES

Gewerkschaft der Polizei
Herr Bundesvorsitzenden
Konrad Freiberg
Herr Landesbezirksvorsitzenden
Hugo Müller
Stromstraße 4

10553 Berlin

26. März 2003

Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender,
sehr geehrter Herr Landesbezirksvorsitzender,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 24. Februar 2003, mit dem Sie auf die besondere Bedeutung der inneren Sicherheit als Ausgestaltung des Sozial- und Rechtsstaatsprinzips verweisen. Ich teile diesen Ausgangspunkt Ihrer Überlegungen.

Wie Sie wissen, haben wir aber gerade erst eine schwierige Lohnrunde abgeschlossen. Die derzeitige desolante Haushaltslage in den öffentlichen Kassen schränkt den Spielraum der Arbeitgeber erheblich ein. Im Besoldungs- und Versorgungsbereich darf man sich daher keinen Überlegungen verschließen. Dies gilt auch für die Möglichkeit, durch Länderöffnungsklauseln finanzielle Spielräume zu verschaffen. Die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse steht nach meiner festen Überzeugung derartigen Länderöffnungsklauseln nicht von vorn herein entgegen. Es gibt durchaus regionale, soziale und leistungsbezogene Unterschiede. Eine Flexibilisierung führt auch nicht zu einer bundesstaatlich unakzeptablen Rechtszersplitterung oder zu einer unakzeptablen Konkurrenzsituation zwischen den Ländern und dem Bund. Das Saarland hat deshalb am 14. März als Mitantragsteller einen Plenarantrag in den Bundesrat eingebracht, der dort fast einhellige Zustimmung erfahren hat. Ich bin allerdings ebenso der festen Auffassung, dass einseitige Eingriffe in die Beamtenbesoldung ungerecht sind. Dies schließt andererseits eine besondere Schonung der Beamten aus, wenn es etwa darum geht, Einschnitte im Tarif- oder Rentenbereich inhaltsgleich ins Beamtenrecht zu übertragen.

Der politische Meinungsbildungsprozess ist längst noch nicht abgeschlossen. Umso erfolgversprechender kann es sein, neue Lösungen zu entwickeln und Alternativvorschläge zwar strittig, letztlich aber zielorientiert zu begleiten. Ich appelliere daher nachdrücklich an Sie, neuen Vorschlägen unvoreingenommen gegenüber zu treten und in einen konstruktiven Dialog einzutreten. Nur dann wird es möglich sein, die Arbeit des Gesetzgebers zum Wohle aller zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Müller

LANDES JOURNAL

Sparmaßnahmen der Landesregierung Baden-Württemberg

Obwohl der Gesetzentwurf des Bundesrates noch keine Gesetzeskraft hat, formulierte die Regierung in Baden-Württemberg bereits folgende Umsetzungs-ideen:

- Kürzung des Weihnachtsgeldes von bisher 86% auf 64% des Grundgehalts, die Familienzuschläge werden dabei nicht gekürzt.
- Das verbleibende Weihnachtsgeld wird monatlich mit dem Gehalt ausbezahlt.
- Das Weihnachtsgeld ist ruhegehaltstfähig und wird in zukünftigen Gehaltserhöhungen einbezogen.
- Das Urlaubsgeld wird gestrichen (da diese Maßnahme in diesem Jahr noch nicht rechtzeitig Gesetzeskraft erlangen kann, wird das Urlaubsgeld beim Weihnachtsgeld wieder abgezogen!).

- Die Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten soll mit einer Verzögerung erfolgen, mit der 75 Mio. Euro eingespart würden. Pro Monat der späteren Übertragung spart das Land nach eigenen Angaben 17,5 Mio. Euro.

Die GdP-Proteste dagegen werden vom Staatsministerium als „reine Lobbyreflexe ohne Eigenbeitrag zur Haushaltssanierung“ zurückgewiesen. Besonders beachtenswert ist dabei die nachfolgende Formulierung aus dieser Presseerklärung:

„Regierungskoalition und Landesregierung halten sich so eng wie möglich an die Vorschläge, die der Beamtenbund selbst in die Diskussion gebracht hat. Insbesondere die Kritiker aus dem Gewerkschaftslager sind daher gut beraten, ihre Position zunächst mit den Kollegen vom Beamtenbund abzustimmen.“

Zusätzlich wurde die Verlängerung der Wochenarbeitszeit für die Landesbeamtinnen und -beamten auf 41 Stunden

beschlossen. Außerdem ist nach Pressebericht beschlossen, dass Baden-Württemberg aus der Tarifgemeinschaft der Länder austreten wird.

Sparmaßnahmen NRW

Auszug Kölner Stadt-Anzeiger vom 20. März 2003: ... *Ange-sichts des hohen Personalkosten-anteils in ihrem Etat ist die Landesregierung wild entschlossen, den neuen Spielraum fürs Sparen zu nutzen. Die Höhe des Weihnachtsgeldes der Beamten ist seit 1993 eingefroren (86,4%). In der Düsseldorfer Landesregierung favorisiert man einen Vorschlag des Beamtenbundes, das 13. Gehalt zu kürzen und auf die monatliche Zahlung umzulegen, ... wenn das Weihnachtsgeld noch drastischer gekürzt wird.*

Wie geht's weiter ?

(vermutlicher Zeitplan im Gesetzgebungsverfahren)

- 5.–9. Mai 2003: 1. Lesung im Deutschen Bundestag und Überweisung an den Innenausschuss
- Mai/Juni 2003: Warten auf den Entwurf eines Besoldungsanpassungsgesetzes 2003 wegen verbundener Beratung
- 23.–27. Juni 2003: Beratungen des Gesetzentwurfs im Innenausschuss des Deutschen Bundestages
- 30. Juni– 4. Juli 2003: 2. und 3. Lesung des Gesetzentwurfs
- 11. Juli 2003: Bei Akzeptanz einer verkürzten Frist Verabschiedung des Dienstrechtsänderungsgesetzes durch Bundesrat
- 26. Sept. 2003: Bei Einhaltung der Fristen Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundesrat
- Okt./Nov. 2003: Gesetzgebungsverfahren in den Ländern zur Umsetzung der Öffnungsklausel

BEFÖRDERUNGEN

363 Beförderungen zum 1. April 2003

Am Freitag, dem 28. März 2003 konnten 363 Kolleginnen und Kollegen aus der Hand von Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer eine Beförderungsurkunde in Empfang nehmen. Eine so große Anzahl von

Beförderungen hat es schon seit vielen Jahren nicht mehr innerhalb der saarländischen Polizei gegeben.

Es gibt aber auch ein fast historisches Moment zu vermelden, nämlich die Beförderung der bei-



GdP-Mitglieder: Paul Haben (li.) und Harald Weiland (re.)



Massenandrang beim Beförderungstermin im Speisesaal Wackenberg

den Polizei-Behördenleiter Paul Haben (LPD) und Harald Weiland (LKA) in die Besoldungsordnung „B“. Hiermit wurde eine langjährige GdP-Forderung erfüllt, den hohen Stellenwert der Polizeiarbeit dadurch zu manifestieren, dass beide Leiter in diese

Besoldungsgruppe aufsteigen können.

Natürlich hoffen wir nun auf eine Sogwirkung für die gesamte Polizei.

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die befördert wurden, recht herzlich.

KRIMINALSTATISTIK 2002

19,7% mehr Straftaten in 2002 (?)

Am 10. März 2003 wurde der Bericht über Stand und Bewertung der Kriminalität im Saarland für 2002 (PKS 2002) veröffentlicht. Es wurde ein Anstieg der registrierten Straftaten um 19,7% auf 72 601 Fälle festgestellt. Die Aufklärungsquote betrug 2002 durchschnittlich 52,5% und hat sich gegenüber 2001 um 1,6 Prozentpunkte erhöht. Insgesamt wurden gegenüber dem Vergleichszeitraum 2001 7 239 Delikte mehr aufgeklärt. Damit kann festgestellt werden, dass die saarländische Polizei noch nie so viele Straftaten aufgeklärt hat, wie im Jahre 2002. Die GdP hat die PKS 2002 in einer Presseerklärung kritisch bewertet (siehe Abdruck).



Gewerkschaft der Polizei
 Mitglied der Union Internationale des Syndikats des Polices
Landesbezirk Saarland
 adp-saarland@zabte-union.de * www.adp-saar.de
 Fax: (0681) 811088 * Fax: (0681) 813231
Pressemitteilung
 Saarbrücken, 18. März 2003

Polizeiliche Kriminalstatistik 2002: Nicht einfach zur Tagesordnung übergehen!

Saarbrücken: Die in der vergangenen Woche veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2002 im Saarland (PKS) weist eine Gesamtzahl von 72601 erfassten Fällen und damit einen dramatischen Anstieg um fast 20 % im Verhältnis zum Vorjahr aus.

Nach bisherigem Kenntnisstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) handelt es sich dabei um den stärksten Anstieg bundesweit überhaupt. Die ansonsten bislang bekannten höchsten Steigerungsraten bewegen sich etwa in Niedersachsen bei 7,3 % oder in Nordrhein-Westfalen bei 6,2 %. Den Anstieg mit der „neuen Computererfassung und damit verbundenen vollständigeren Datensätzen“ erklären zu wollen, ist für die saarländische GdP überraschend und nicht nachvollziehbar. Im letzten Jahr gab es nämlich, bezogen auf den seinerzeit für das Jahr 2001 festgestellten Rückgang um 5,7 % im Verhältnis zum Vorjahr 2000, eine heftige Debatte um die Zuverlässigkeit und Nutzbarkeit der PKS. Damals wurden seitens des Innenministeriums zwar Schwierigkeiten und kleinere Defizite bei der Datenerhebung eingeräumt, die aber letztlich die Aussagekraft der PKS 2001 insgesamt nicht beeinträchtigten. In einer Pressemitteilung vom 28. Februar 2002 stellte der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Georg Jungmann, gleichsam fest, dass es „im Rahmen der Umstellung des EDV-Systems lediglich zu minimalen Abweichungen gekommen ist, die Statistik daher grundsätzlich aussagekräftig sei und sich das im Frühjahr 2001 reformierte Polizeigesetz offenbar mit positiv auf die Kriminalitätsentwicklung ausgewirkt habe.“

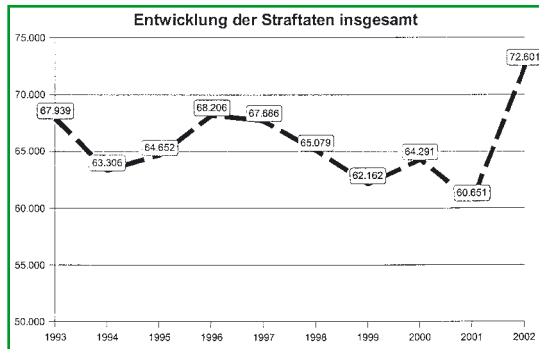
Hierzu der GdP-Landesvorsitzende Hugo Müller: „Es kann nicht sein, dass man im Zusammenhang mit diesem so wichtigen Instrument zur Erhebung und Bewertung der Kriminalitätsentwicklung mit den Ellen misst, die einem gerade passen. Damit wird man ungläubwürdig und gefährdet langfristig das Vertrauen und den Glauben in solche statistischen Erhebungen. Was im vergangenen Jahr richtig war, kann doch ein Jahr später nicht plötzlich völlig falsch sein! Daher erwartet die GdP eine kritische Analyse des ermittelten Zahlenwerkes sowie eine offene und faire Diskussion über die hieraus zu ziehenden notwendigen Konsequenzen.“

So ist aus Sicht der GdP etwa besonders auffällig, dass es bei den Wohnungseinbrüchen – einem Deliktsektor, das besondere Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung hat - einen Anstieg um rund 27 % gab, die Gewaltkriminalität gar um 36,3 % gestiegen ist oder Jugendliche und Heranwachsende nach wie vor überproportional als Tatverdächtige festgestellt werden. Auch die sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Landkreisen verdienen ein besonderes Augenmerk.

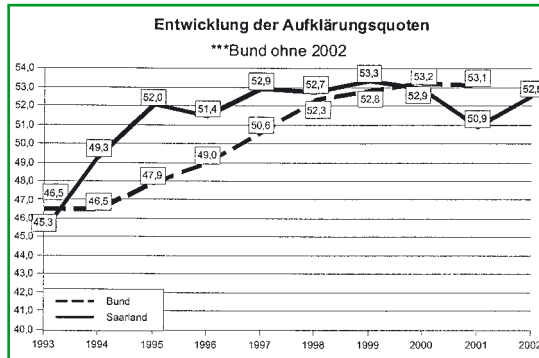
Hugo Müller weiter: „Die jetzt vorliegenden Daten müssen auch unter dem Gesichtspunkt bewertet werden, ob personelle und materielle Ressourcen bei der Polizei richtig verteilt sind. Wenn die Zahl der im Wechselschichtdienst eingesetzten Beamtinnen – also die Gruppe, die den größten Anteil an polizeilicher Präventionsarbeit bringt - ständig geringer wird, braucht man sich über eine solche Entwicklung nicht zu wundern. Gleichermaßen ist es notwendig, die Bemühungen um kommunale Sicherheitspartnerschaften zu intensivieren. Die Polizei als letztes Glied in der Präventionskette ist alleine sicherlich überfordert.“

Dass trotz aller personellen, materiellen und finanziellen Erschwernisse die saarländische Polizei im vergangenen Jahr eine Aufklärungsquote von 52,2% erreicht hat, ist mehr als anerkennenswert.

Hugo Müller: „Ich muss meinen Kolleginnen und Kollegen ein ganz großes Kompliment für ihre tolle und motivierte Arbeit machen. Trotz aller Erschwernisse eine Aufklärungsquote im bundesweiten Spitzenfeld zu erreichen, verdient große Anerkennung. Die politisch Verantwortlichen müssen allerdings auf der Hut sein. Mit geringeren Einstellungsquoten, verminderten Beförderungsbudgets oder Gehaltseinbußen über das Reduzieren oder Streichen von Urlaubs- und/oder Weihnachtsgeld wäre die Motivation der Polizeibeschäftigten und damit das hohe Arbeitsniveau mehr als gefährdet. Innere Sicherheit muss ein Wert jenseits allen ökonomischen Kalküls bleiben!“



Quelle: LKA



Quelle: LKA

Mehr Licht in dunklen Ecken

Kriminalstatistik 2002 vorgestellt – Anstieg um 19,7 Prozent

Saarbrücken (kni). Die Zahlen wirken er-rüchtern: Für das Jahr 2002 weist die jetzt veröffentlichte saarländische Polizei-statistik, wie im Februar bereits hochgerechnet, 19,7 Prozent mehr Straftaten aus als 2001, insgesamt 72 601. Das heißt jedoch nicht, dass die Kriminalität tatsächlich in gleichem Maße zugenommen hat. Vielmehr ist davon auszugehen, dass es auch früher schon ähnlich viele Delikte gegeben hat, von denen man aber 2002 ein besseres Bild erhalten hat. Zum einen wird die Statistik seit Juli 2002 per Computer statt per Papierbeleg und damit vollständiger erfasst. Zum anderen führen intensivere Polizeiarbeit und eine wachsende Sensibilität für Straftaten in der Bevölkerung dazu, dass mehr Taten aufgedeckt oder angezeigt werden.

Daher zieht das Innenministerium eine eher positive Bilanz, nicht zuletzt weil die Kriminalität im Saarland trotz der höheren Zahlen noch unter dem Bundes-durchschnitt liegt und die Aufklärungs-quote auf 52,5 Prozent der Fälle gesteigert werden konnte (2001: 50,9 Prozent).

Mehr Licht in dunkle Ecken der Kriminalität kam zum Beispiel bei Sexualdelikten, von denen 810 erfasst wurden (plus 48,4 Prozent). Die Einrichtung von drei örtlichen Polizei-Dienststellen hierfür förderte die wachsende Bereitschaft der Betroffenen, solche Delikte anzuzeigen.

Der größte Anstieg war bei Vermögens- und Fälschungsdelikten zu verzeichnen: Mit 10 056 waren es 54,7 Prozent mehr. Hier schlugen allein 1227 Fälle aus dem CTS-Anlagebetrug zu Buche. Zudem verdoppelte sich die Zahl der Kreditkarten-Betrügereien auf 1052 Fälle. Den größten Teil aller Straftaten, nämlich 44,6 Prozent, machten weiter Diebstähle aus, insgesamt 32 349 (plus 12,4 Prozent). Hier trug auch intensivere Detektivarbeit der Kaufhäuser Früchte.

Im Jahr 2002 waren 5,2 Prozent mehr jugendliche Tatverdächtige festzustellen: 7244. Sie stellten 24,8 Prozent aller Tatverdächtigen. Die Hälfte der Taten von Jugendlichen waren Diebstähle, ein Viertel Gewalttaten. Einzelne Täter trieben die Quote dabei besonders hoch.

Auszug Saarbrücker Zeitung vom 15. März 2003

LANDES JOURNAL

KG MERZIG-WADERN

Mitgliederversammlung und Ehrungen

Zahlreich besucht war die von Helmut Grünewald und Fritz Schuler organisierte Mitgliederversammlung in der Feuerwache Losheim.

Neben dem Landesbezirksvorsitzenden Hugo Müller konnte der Vorsitzende Christof Wilhelm den stellvertr. Bundesvorsitzenden der Seniorengruppe Arthur Jung, den stellvertretenden Landesvorsitzenden der Senioren German Freichel sowie den Seniorenbeauftragten der Kreisgruppe Hugo Bohr besonders begrüßen.

polizeidirektors hinsichtlich größtmöglicher Beteiligung der Beschäftigten und hinsichtlich der deutlichen Besserung der Personalsituation bis zum Jahre 2005, haben die Bediensteten bei der BPI Merzig und der PI Wadern flexible Dienstzeitmodelle mit festgeschriebener 15-minütiger Übergabezeit entworfen, die in einer Pilotphase getestet werden. Durch den teilweisen Verzicht auf die Humanisierungserrungenschaften des starren 5-Schichten-Systemes ermöglichen die Kolleginnen und Kollegen den

erkrankten Sohn zur Verfügung. Auch hier zeigte unsere Seniorengruppe unter Leitung von Hugo Bohr ihre Extra-Klasse: Sie sammelten bei ihrem Jahresabschlussstreffen nochmals, so dass dem Kollegen Kautenburger ein stattlicher Betrag übergeben werden konnte. Der Vorsitzende der IPA-Verbindungsstelle Hochwald, Helmut Grünewald übergab im Namen der IPA einen Gutschein für eine Fahrt mit der Losheimer Museumseisenbahn.

Kreisgruppenschatzmeister Dieter Kiefer berichtete detailliert über den Stand der Kasse. Ihm bescheinigte der Kassprüfer Andreas Klein eine einwandfreie Kassenführung.

Bei einem kleinen Imbiss klang die Veranstaltung in gemütlicher Runde zu fortgeschrittener Zeit aus.

Christof Wilhelm

Außergewöhnliche Ehrung

Egon Hell aus Brotdorf kann auf sage und schreibe 50 Jahre GDP-Mitgliedschaft zurückblicken. So war es uns eine Ehre, ihm über die Kreisgruppe Merzig-Wadern die Ehrenurkunde überreichen zu können. Egon Hell wurde 1946 beim damaligen Saarbataillon eingestellt und verrichtete zuletzt über 30 Jahre bis zu seiner Ruhestandsversetzung 1988 Dienst bei der PI für Sonderdienste in Saarbrücken. Wir verbinden mit der Gratulation den Wunsch, dass wir Egon Hell noch lange bei bester Gesundheit in unseren Reihen begrüßen können.

W. O.



Hugo Müller (li.) ehrt Heinz Gier und die anderen langjährigen Mitglieder

In seinem Referat unterrichtete Hugo Müller über den aktuellen Stand zu den Themen Öffnungsklausel, Beförderungen, Versorgungsanpassung und die AG-Personalplanung. Nach der Vorstellung der Aktion: „Jetzt stellen wir uns quer!“ und dem Aufruf zur Beteiligung war jedem klar: **Die GdP und ihre Mitglieder sind kampfbereit! Keine zusätzlichen Sonderopfer und Kürzungen bei den Kollegen und Kolleginnen mit der GdP!** In seinem Rechenschaftsbericht umriss der Kreisgruppenvorsitzende die Tätigkeiten im Jahr 2002.

Erhalt der Rund-um-die-Uhr-Besetzung der beiden Inspektionen im Landkreis, bis die versprochene personelle Verstärkung eintrifft. Die Kolleginnen und Kollegen tragen so **ihren Teil** zur Bewältigung der Lage bei!! Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurden die Dienststellen im Sommer mit Ventilatoren ausgestattet. Carsten Baum informierte bei einer Info-Veranstaltung die Mitglieder über das Versorgungsrechtsänderungsgesetz.

Solidarität

Solidarität in der GdP – nicht nur davon gesprochen, sondern tatsächlich gelebt!

Die Angehörigen der Kreisgruppe verzichteten in 2002 auf ihr Weihnachtspräsent und stellten den Betrag dem Kollegen Uli Kautenburger für dessen schwer-

Ehrungen

Höhepunkt des Abends: Ehrungen langjähriger und verdienter Mitglieder

Zunächst wurde **Hugo Bohr** für seine vorbildliche und landesweit einmalige Betreuung der Senioren ausgezeichnet.

Im Anschluss wurde langjährige Mitgliedern für ihre Treue gedankt:



Ehrung für Hugo Bohr (re.)

Für **40-jährige Mitgliedschaft** wurde der Kollege **Heinz Gier** geehrt.

25 Jahre halten folgende Kollegen der GdP die Treue: **Kurt Kast, Fritz Schuler, Herbert Buchheit, Helmut Grünewald, Eugen Krämer, Fritz Hein, Winfried Mühlen, Herbert Vicari, Hans Jürgen Bamberg, Eugen Berend, Eberhard Dressler.**



Egon Hell (li.) und Wolfgang Oswald

REDAKTIONSHINWEIS

Wegen der ausführlichen Berichterstattung zu den Themen Öffnungsklausel, PKS und Reformen in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes konnten einige Artikel aus den Kreisgruppen nicht veröffentlicht werden. Wir werden diese Artikel in den nächsten Ausgaben bringen und hoffen auf Verständnis.

Die Redaktion

Beschäftigte im PB MZG-Wadern sind kreativ und verantwortungsbewusst

Im Vertrauen auf die Zusagen der Ministerin und des Landes-

JUNGE GRUPPE

Gespräch mit Staatssekretär Müllenbach

Am 27. März traf sich der Landesjugendvorstand der JUNGEN GRUPPE zu einem Gespräch mit Staatssekretär Gerhard Müllenbach, dem Leiter der Polizei-Abteilung im MfIS, Klaus Viergutz und dem Fachbereichsleiter Polizei der FHSV, PD Heiner Birtel. Themen des Gesprächs waren: Ausstattung der SEE, die geplante Studienreform an der FHSV und die Verwendung der P 22 nach Abschluss der Ausbildung.

Man erklärte uns, dass geplant ist, die Studienreform schon bei den dieses Jahr einzustellenden Anwärtern der P25 in Kraft treten zu lassen. Die Reform erfasse sowohl den fachtheoretischen als auch den praktischen Teil der Ausbildung. Im praktischen Teil seien vorrangig der Wegfall des Vorpraktikums und des Fremdpraktikums zu nennen. An deren Stelle soll eine zweimonatige Grundausbildung stehen, die bei der BP auf dem Wackenbergr stattfinden und Themen wie Funklehrgang, Schießtraining, ETR, Fahrtraining, pp. beinhalten soll. Hier soll notwendiges Handwerkszeug vor den ersten Praktikas vermittelt werden. Der Grundausbildung schließt sich ein sieben monatiger Schulblock an. Hierdurch sollen Klausurtermine entzerrt und die Anwärter mit einer größeren Menge Fachwissen in das erste Praktikum gehen. Dem Hauptpraktikum, das wie bisher im Juli bis September stattfindet, geht im Juni ein sog. Wahlpraktikum voraus, welches einen mehrwöchigen Aufenthalt mit Arbeitsauftrag bei Behörden mit Sicherheits- und Ordnungsaufgaben im Ausland (z. B. Frankreich und Luxemburg) sowie im übrigen Bundesgebiet beinhalten. Weitere neue Inhalte für das erste Jahr: Subsumtionsseminar und Zweitkorrektur der Klausuren, die im Grundstudium mit „mangelhaft“ bewertet werden.

Im Hauptstudium entfallen die Klausuren im 5. und 6. Semester. Derzeit werden im 3. und 4.

Semester insgesamt 6 Klausuren (zwei in jeder Fachgruppe) geschrieben; nun ist beabsichtigt, nur drei Klausuren im 3. und 4. Semester zu fordern. Drei weitere folgen im 5. und 6. Semester. Daneben sollen insgesamt sechs Leistungsnachweise (drei in Pflichtfächern, drei in Wahlfächern) erbracht werden. Zur Vorbereitung des schriftlichen Examens soll im 6. Semester ein Examenskurs eingeführt werden. Das schriftliche Examen selbst soll eine schriftliche Prüfung in jeder Fachgruppe umfassen. Im mündlichen Examen soll nicht mehr die Präsentation des Inhaltes der Studienarbeit, sondern ein „richtiges“ mündliches Examen erfolgen (vier Prüflinge in 3 Fachgruppen ca. 45–60 Minuten). Des weiteren soll die Studienarbeit zu einer Diplomarbeit umgewandelt werden, die mit max. 15% in die Endnote mit einbezogen wird. Die Gesamtnote setzt sich zusammen aus: der Vornote (15%), der Diplomarbeit (15%), dem schriftlichen Examen (45%) und dem mündlichen Examen (25%). Für die gesamte Ausbildung gilt: die Benotung der Praktika bleibt. Um hier eine objektive Bewertung zu erreichen, sollen die Praktikanten nun in den Wach- und KD-Praktikas zu verschiedenen Praxislehrer wechseln. Unsere Meinung zu den geplanten Änderungen ist grundsätzlich positiv. Jedoch sollte man sich auch bewusst sein, dass das beste Ausbildungskonzept nichts bringt, wenn es zu wenig hauptamtliche Dozenten gibt. Zwar sollen zwei Ratsanwälter in diesem Jahr als hauptamtliche Dozenten direkt an die FH kommen, aber dies reicht unserer Ansicht nach noch nicht aus, um eine bessere Abstimmung der Unterrichtsinhalte der verschiedenen Fächer miteinander zu erreichen. Im Gespräch mit dem Staatssekretär, wurde auf die Finanzsituation des Landes und die Personalknappheit der Polizei verwiesen. Doch den Verantwortlichen sei gesagt, dass der

wichtigste Grundstein für das spätere Berufsleben die Ausbildung ist, und gerade hier darf nicht gespart werden. Bei der weiteren Verwendung der Kollegen aus der P22 sei eine zweigleisige Verteilung der P 22 geplant. Demnach sei die Verstärkung der BP grundsätzlich in der Größenordnung eines Zuges geplant. Der aus Freiwilligen bestehende Zug soll längere Zeit (2–3 Jahre) Dienst in der BP verrichten. Der Rest der P 22 soll nach dem Studium direkt in die Fläche – aufgeschlüsselt nach der Belastung der jeweiligen Dienststellen – verteilt werden. In Form eines Rotationsverfahrens sollen dann die direkt auf die Fläche verteilten KollegInnen in die BP zurückkehren, um ihre Ausbildung in

geschlossenen Einheiten zu absolvieren. Abschließend wurde die unzureichende und falsche Ausstattung der Kolleginnen in den SEE-Einheiten bemängelt. Durchweg gebe es keine passende Körperschutzausstattung für Frauen. Sie seien gezwungen, Übergrößen zu tragen, was in Einsätzen sehr hinderlich sei. Sts. Müllenbach erklärte, dass der Bekleidungsdienst bereits am 30. Januar 2003 über diesen Umstand informiert worden sei. Eine Behebung dieses Problems sei bereits in Bearbeitung.

Sei es SEE oder Studienreform, wir bleiben am Ball und haken nach. Habt Ihr ein Problem oder Fragen, so mailt uns oder ruft an.

Euer Landesjugendvorstand

PERSONALIEN

Neuer Leiter bei D 6

Zum 1. März 2003 fand ein Wechsel an der Spitze der Personalabteilung (Abt. D 6) des MfIS statt. Die bisherige Leiterin **Corinna Müller** wechselte nach vierjähriger Tätigkeit in diesem Bereich in die Abteilung C. Wir bedanken uns ganz herzlich bei Corinna Müller für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen vier Jahren und wünschen ihr viel Erfolg in der neuen Funktion.

Abteilung A kam. Klein war schon in fast allen Bereichen des Innenministeriums tätig und verfügt bereits über Erfahrungen im Bereich der Personalverwaltung. Wolfgang Klein ist Jurist, verheiratet, hat einen 12-jährigen Sohn und lebt in Reisbach. Seine Hobbys sind Tennis und der Reisbacher Musikverein, dessen Vorsitzender er 18 Jahre lang war. Seine Instrumente sind Querflöte und Saxophon. Wir wünschen Wolf-



V. l. n. r.:
Corinna Müller,
Wolfgang Klein,
Reinhold Schmitt

Nachfolger wurde der 47-jährige Regierungsdirektor **Wolfgang Klein**, der aus der

gang Klein eine gute Hand für die neuen Aufgaben und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit.

Reform der Zusatzversorgungskasse

Von Dieter Meissner und Karl Recktenwald

Verfahren Startgutschrift

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Berechnung der Startgutschriften gibt es einige Ungeheimheiten.

Beanstandet werden im Rahmen der Umstellung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst insbesondere:

1. die Anwendung des steuerlichen Näherungsverfahrens bei der Ermittlung der gesetzlichen Rente;
2. die Nichtberücksichtigung der Vordienstzeiten im Wege der Halbanrechnung;
3. die Nichtberücksichtigung der Berechnungsweise des Mindestbetrages der Versorgungsrente gemäß § 44a der VBL-Satzung alter Fassung sowie
4. die Nichtberücksichtigung der Dienstjahre im „Beitrittsgebiet“;
5. die Berechnungsmethode des fiktiven Nettoentgeltes, insbesondere die Anwendung der Steuerklasse 1.

Die besondere Problematik liegt dabei in der Tatsache, dass dieses Verfahren von den Tarifvertragsparteien, also auch den Gewerkschaften, beschlossen wurde. Da neue Verhandlungen darüber nicht möglich sind, bleibt als Ausweg nur eine Klärung auf dem Gerichtsweg. Zur Sicherung von Ansprüchen nach einem möglichen positiven Ausgang eines solchen Verfahrens sind innerhalb von sechs Monaten nach Zugang des Bescheides über die Startgutschrift Einwendungen zu tätigen. Dafür haben wir ein Musterschreiben gefertigt (siehe Abdruck). Sicherheitshalber müssen diese Einwendungen auch an den Arbeitgeber gehen, um über den sog. Verschaffungsanspruch aus § 46 BAT oder den entsprechenden manteltarifvertraglichen Bestimmungen diesen ebenfalls in Anspruch nehmen zu können.

Sollten die Arbeitgeber wider Erwarten darauf bestehen, dass zur Aufrechterhaltung der Ansprüche auch der Klageweg beschritten werden muss, werden

wir unverzüglich berichten. Bei Rückfragen wendet euch bitte an Karl Recktenwald, Tel.: 06 81 19 62-13 52 oder Dieter Meissner, Tel.: 06 81 19 62-15 30.

Nachfolgend haben wir ein MUSTERSCHREIBEN abgedruckt, das ihr kopieren und benutzen könnt (Zutreffendes bitte ankreuzen!).

Name

Ort, Datum

Anschrift

Versicherungs-Nr.

**Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse
des Saarlandes
Postfach 10 31 65**

66031 Saarbrücken

**Reform der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes
Hier: Einwendung gegen die Startgutschrift**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erhebe ich Einwendungen gegen die mir mit Schreiben vom, zugegangen am, mitgeteilte Höhe meiner Startgutschrift.

Dies folgt daraus, dass nach meiner Auffassung die entsprechend § 18 Abs. 2 BetrAVG erfolgte Umrechnung der in der Gesamtversorgung erworbenen Rentenanwartschaften rechtswidrig ist, was wiederum eine ungerechtfertigte Begrenzung meiner Versorgungsanwartschaft im Vergleich zur Gesamtversorgung zur Folge hat.

Die vorliegenden Einwendungen richten sich dabei im Wesentlichen gegen die

- Berechnung meiner Startgutschrift nach dem fiktiven Arbeitsentgelt, insbesondere unter Anwendung der Steuerklasse I/0,
- Anwendung des steuerlichen Näherungsverfahrens bei der Ermittlung der gesetzlichen Rente,
- Nichtberücksichtigung meiner Vordienstzeiten im Wege der Halbanrechnung,
- Nichtberücksichtigung der Dienstjahre im Beitrittsgebiet,
- Nichtberücksichtigung der Berechnungsweise des Mindestbetrages der Versorgungsrente gemäß § 44a VBL a.F./§35a der Satzung der RZVK a.F. bzw. der entsprechenden Vorschrift der Satzung der für mich zuständigen Zusatzversorgungseinrichtung.

Abschließend möchte ich Sie darauf hinweisen, dass ich zur Wahrung meiner Rechte eine Kopie dieser Einwendungen an meinen Arbeitgeber weiterleiten werde.

Mit freundlichen Grüßen